

ENTSCHLISSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Dr. Wolfgang Schüssel, Dr. Caspar Einem,
Kolleginnen und Kollegen

betreffend Sichere Zukunft für Österreich in der Europäischen Union

eingebraucht in der 16. Sitzung des Nationalrates am 22. März 2007 im Zuge der Debatte zum Dringlichen Antrag betr. Große Koalition als Sicherheitsrisiko

Die Sicherheit Österreichs ist untrennbar verbunden mit der Teilnahme an der Europäischen Integration. Dies gilt für die äußere Sicherheit ebenso wie für die innere Sicherheit. Durch die Erweiterungsschritte der Jahre 2004 und 2007 ist Österreich nicht mehr an der Außengrenze der Union sondern hat seinen Platz in der Mitte Europas eingenommen, auf diese Weise einen zusätzlichen Sicherheitsgürtel gewonnen.

Eine gute wirtschaftliche und soziale Entwicklung in den neuen Mitgliedstaaten und eine positive Zukunftsperspektive für die Menschen in diesen Ländern sind die beste Grundlage zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ungleichheit, eine der wesentlichen Ursachen dafür, dass Menschen anderswo ihr Glück suchen. Die Erweiterung der Union hat sich schon jetzt in einem erkennbaren Rückgang der grenzüberschreitenden organisierten Kriminalität aus den beigetretenen Ländern ausgewirkt. Die nun mögliche verstärkte polizeiliche Zusammenarbeit auf der Grundlage des Schengen-Systems ist ein echter Sicherheitsgewinn für Österreich.

Am 24. und 25. März 2007, fünfzig Jahre nach der Unterzeichnung der Römischen Verträge, treffen einander die Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten der Europäischen Union in Berlin, das lange ein Symbol für die schmerzliche Trennung Europas war und nach dem Fall des Eisernen Vorhangs zum Symbol für die Wiedervereinigung geworden ist.

In diesen Tagen soll daher auch die Weitsicht und der Mut derjenigen geehrt werden, die nach dem Ende der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft den europäischen Einigungsprozess und damit eine Wende in der Geschichte unserer Länder eingeleitet haben, darunter Jean Monnet, Robert Schuman, Konrad Adenauer und Alcide de Gasperi.

Auch wenn Österreich erst 1995 beigetreten ist, so hat die europäische Integration dennoch schon vorher zu einer guten Entwicklung in Österreich beigetragen, ebenso wie Österreich als Stätte des Dialogs zum Brückenbauer geworden ist zu den Menschen in den vor kurzem beigetretenen Staaten.

Mit der Erweiterung von zunächst sechs auf nunmehr 27 Staaten wurde die Wiedervereinigung des Kontinents ermöglicht, der über Jahrhunderte durch Nationalismus, Kriege und den Geist der Herrschaft über andere Völker geteilt war. Viel zu lange schienen Kriege wie ein Schicksal Europas. Sie haben die Ausbreitung menschenverachtender totalitärer Regime gefördert, die Millionen von Menschen in Tod und Leid gestürzt haben. Nach dem Zusammenbruch des Kommunismus ist die Europäische Union für beinahe 500 Millionen Menschen ein Raum des Friedens, der Freiheit, der Sicherheit und der Herrschaft des Rechts als Grundlage für Wohlstand und für eine chancenreiche Zukunft geworden.

Das europäische Integrationsprojekt war und ist das Versprechen Europas alle totalitären Herrschaftssysteme und Ideologien für alle Zeiten zu überwinden. In diesen Tagen wird daher auch der Mut und die Aufopferung derjenigen gewürdigt, die Jahrzehnte lang gegen die Diktaturen in Spanien, Portugal und Griechenland und die sowjetische und kommunistische Unterdrückung in den Ländern Mittel- und Osteuropas Widerstand geleistet haben. Sie haben die Werte aufrechterhalten, für die auch wir eintreten.

Die Europäische Union gründet als Wertegemeinschaft auf Demokratie, Freiheit und den unveräußerlichen Menschenrechten. Sie ist als Zusammenschluss aus freiem Willen der Völker getragen vom Geist der Versöhnung und der Solidarität. Heute ist die Europäische Union die Antwort auf die großen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts: die Globalisierung, die Bedrohungen unserer Sicherheit und die Bewahrung unserer natürlichen Lebensgrundlagen.

Angesichts globaler Herausforderungen braucht es ein handlungsfähiges Europa auf der Grundlage von regionaler und kultureller Vielfalt. Die verschiedenen Minderheiten in Europa sind ein wertvoller Teil dieser Vielfalt.

Als eine Union der Bürgerinnen und Bürger muss die größer gewordene EU in besonderer Weise auf die Balance bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben achten, einerseits das gemeinsame Interesse aller Mitgliedstaaten wirksam wahrzunehmen und andererseits nicht unnötig in das Eigenleben der Mitgliedstaaten und Regionen einzugreifen.

- Der europäische Binnenmarkt als eine wichtige Grundlage von Wachstum und Beschäftigung,
 - die Weiterentwicklung des sozialen Zusammenhalts in Europa und der sozialen Marktwirtschaft,
 - eine starke gemeinsame Währung als Grundlage der Stabilität,
 - der Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts,
 - der Schengen-Vertrag als Grundlage der inneren Sicherheit,
 - die nachhaltige Sicherung unserer natürlichen Lebensgrundlagen
- leisten einen wichtigen Beitrag zu einer friedlichen und guten Zukunft Europas. Im Interesse der kommenden Generationen soll dieser Weg fortgesetzt werden.

In der erweiterten Union ist es eine besondere Herausforderung, die äußere und innere Handlungsfähigkeit der Institutionen zu verbessern, die demokratische Legitimation zu erhöhen, die Solidarität und den Dialog zwischen den Mitgliedstaaten zu stärken, die Politik bürgernäher zu gestalten und überflüssige Bürokratie konsequent abzubauen. Wir brauchen noch mehr Demokratie, Transparenz und Effizienz in der Europäischen Union.

Die Beziehungen zu den Staaten Europas, die nicht Mitglieder der EU sind, sind im Geiste der Freundschaft und Partnerschaft zu entwickeln. Die Länder zwischen Donau und Adria sind für Österreich als europäischer Zukunfts- und Wachstumsraum von besonderer Bedeutung. Die konkrete Perspektive eines Beitritts besteht daher insbesondere für die Staaten des Westbalkans, sofern die Bedingungen auf beiden Seiten erfüllt sind, um diese chronische Konfliktzone in eine europäische Friedenszone zu verwandeln.

50 Jahre erfolgreiche europäische Integration sind auch eine Verpflichtung, die europäische Idee für das 21. Jahrhundert zu erneuern. Viele wichtige Zukunftsaufgaben sind nur in einer gemeinsamen Anstrengung der Völker und Nationen zu bewältigen.

Die EU hat bei vielen internationalen Vereinbarungen zum Schutz der Umwelt, insbesondere denen zum Klimawandel, eine führende Rolle gespielt. Sie muss auch in Zukunft den Weg weisen und jene überzeugen, die noch zögern.

Es gilt, die Herausforderungen der Globalisierung im Sinne der Freiheit und der sozialen Verantwortung zu gestalten und die damit verbundenen Chancen zu nützen.

Die Europäische Union übernimmt ihre Verantwortung in der Welt als eine „Weltmacht des Friedens und der Menschenrechte“, die Union muss daher auch nach außen mit einer Stimme sprechen. Neue sicherheitspolitische Herausforderungen wie der internationale Terrorismus und die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen erfordern eine starke Union, die effektiv dem Frieden, der Freiheit und den Menschenrechten in der Welt dient. Die gemeinsame Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik muss daher ebenso konsequent

weiterentwickelt werden wie das Engagement auf dem Gebiet der Entwicklungszusammenarbeit.

Vieles, was vor 50 Jahren unvorstellbar war, ist heute selbstverständlich. Wenn es auch Rückschläge und Enttäuschungen gegeben hat, die Erfolge überwiegen bei weitem. Sie geben Mut für die Zukunft. Im Geist der Römischen Verträge können auch die noch vor uns liegenden Herausforderungen bewältigt werden. In diesem Geist soll Europa an der Vollendung der Einheit Europas, im Sinne der Bürgerinnen und Bürger und für Frieden, Freiheit und Menschenrechte in der Welt weiterarbeiten.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher folgenden

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG:

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Der 50. Jahrestag der Unterzeichnung der Römischen Verträge ist Anlass, die Entwicklung der Europäischen Union und ihrer Mitgliedstaaten zu überdenken und festzustellen:

Die europäische Integration hat in diesen 50 Jahren Frieden, Sicherheit, Wohlstand und die Wiedervereinigung Europas gebracht. Die Europäische Union erfüllt heute eine weltweite Vorbildfunktion insbesondere in den Bereichen Menschenrechte und Demokratie.

Der Nationalrat ersucht daher die Bundesregierung,

die aus Anlass des 50. Jahrestages der Unterzeichnung der Römischen Verträge in Aussicht genommene „Berliner Erklärung“ aktiv zu unterstützen und sich für das Ziel die europäische Demokratie auszubauen, Grundsteine einer europäischen Sozialunion zu legen, die Handlungsfähigkeit der Union und die Gemeinschaftsmethode zu stärken einzusetzen, sowie für den bisher so erfolgreichen Weg der Europäischen Union einzutreten.“

Wolfgang

Miss Alon

Ami Pan